

DIE EUROPÄISCHE UNION (EU) AM KREUZWEG – ZEIT FÜR ENTSCLOSSENHEIT

**„Nationalismus bedeutet Krieg“
François Mitterrand, Straßburg 1984**

**„Wir müssen die Sprache der Buchhalter durch die Poesie der Dichter
ersetzen“
Bronislaw Geremek**

Keine Frage: Die EU steht am Rande des Abgrunds. Dies stellt eine große Gefahr dar, die aber in eine Chance verwandelt werden könnte. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 veranstalten die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission Gipfel nach Gipfel, geplagt von ihrer Unfähigkeit, angemessen auf die verschiedenen Herausforderungen zu reagieren, und ohne die Vorschläge und Initiativen des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft ernst zu nehmen. Zu wenig, zu spät, zu verstreut, zu technokratisch und durch die vielen sich in Zurückhaltung übenden Mitgliedstaaten untergraben? Ja. Aber immer noch stark und zu wichtig, um aufgegeben zu werden. Die Notwendigkeit eines vereinten Europas ist der Grund, warum wir die EU verändern möchten.

Die rasante Zunahme von Mauern und Zäunen zwischen den Ländern und Völkern könnte der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt und die EU auseinanderbrechen lässt, die bereits heute von Uneinigkeit geprägt ist. Die EU ist voller scharfer Spaltungen und Ungleichheiten, die diejenigen auf nationaler Ebene widerspiegeln, und verliert jedes Mal, wenn ihre nationalen Regierungen mit einem klaren „Nein“ auf eine gemeinsame Lösung geantwortet haben, an Einfluss und Legitimität.¹

Als Konsequenz dieser selbstverschuldeten und zunehmend kollektiven Schwäche wurden diejenigen Kräfte gestärkt, die die EU ablehnen, auch wenn sie nicht direkt an einer Regierung beteiligt sind. Gestützt von einer neuen Generation von Populisten gewannen diese Bewegungen ausreichend Dynamik, um die demokratische Gemeinschaftlichkeit in vielen Ländern ernsthaft zu stören, das Europäische Parlament zu beschädigen und das Kräfteverhältnis zwischen den Mitgliedstaaten aus der Balance zu bringen. Dennoch sind die populistischen und nationalistischen Bewegungen nicht allein für die heutige Krise verantwortlich. Die zahlreichen Toten im Mittelmeer, Grenzschießungen, die Verletzung von Menschenrechten oder die geheimen Verhandlungen über TTIP fallen unter die Verantwortung der gegenwärtigen herrschenden Mehrheiten.

Was braucht es, um den europäischen Regierungen, den Medien und der breiten Öffentlichkeit wieder ins Bewusstsein zu rufen, dass man den aktuellen Herausforderungen nur mit EU-Lösungen und Solidarität begegnen kann? Da Rückschritt immer möglich ist, muss ein neuer Weg eingeschlagen werden, der auf Vorschlägen basiert, die aufzeigen, dass die EU der angemessene Rahmen ist, um die globalen Herausforderungen zu bewältigen. Um dieses Ziel zu erreichen, gehen wir Bündnisse mit demokratischen, sozialen und ökologischen Kräften und Bewegungen ein. Aber am dringendsten müssen wir Wege finden, den Wunsch nach einer europäischen Integration durch eine wiederbelebte Zielsetzung und Richtungsweisung neu zu entfachen.

Viele nationale Regierungen machen die EU für die Probleme unserer sich verändernden Welt verantwortlich. Als Grüne sehen wir die europäische Integration als einen Teil der Antwort auf die

1 Beispielsweise auf die Vergemeinschaftung von Schulden (Debt Pooling) und Solidarität zu Beginn der Staatsschuldenkrise; auf einen Vorschlag, den EU-Haushalt aufzustocken, um Investitionen und die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen; auf die Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Rumänien, Ungarn, Polen usw.; auf die Notwendigkeit von Transparenz und öffentlicher Kontrolle bei internationalen Handelsgesprächen; auf die Dringlichkeit für ehrgeizigere Ziele und Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels und auf die angemessene Verteilung von Flüchtlingen).

Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam gegenübersehen. Das Scheitern des europäischen Projekts würde es hingegen noch schwieriger machen, gemeinsame Lösungen zu finden. Auch deshalb möchten wir, dass das Vereinigte Königreich Teil der Europäischen Union bleibt.

Das europäische Gebilde muss ein gemeinsames Projekt mit einem einheitlichen Horizont sein; eine demokratische Union, die auf einer Wertegemeinschaft basiert und nicht nur auf einer gemeinsamen Währung, keinen Selbstzweck erfüllt, sondern ein Instrument ist, mit dem eine gerechte, sichere und nachhaltige Gesellschaft aufgebaut werden kann. Es wird mehr als nur einen einzigen Markt oder eine einheitliche Währung brauchen, um den Frieden zu stärken, die Globalisierung in die richtigen Bahnen zu lenken, Bürger- und Menschenrechte zu verteidigen und den Übergang zu einem nachhaltigen ökologischen Wirtschafts- und Sozialsystem zu gestalten. Auf ganz ähnliche Weise kann keine dieser entscheidenden Herausforderungen mit einer Rückkehr zu Nationalismus und Chauvinismus bewältigt werden.

Es ist Zeit, die Dinge in die Hand zu nehmen, Verantwortung zu zeigen und einen mutigen Kampf für den europäischen Traum zu führen.

EUROPÄISCH denken, grün handeln:

1. Unsere Kulturen und Gesellschaften sind stärker als diejenigen, die durch Angst und einfache Lösungen einen Konsens erzielen möchten; wir sind davon überzeugt, dass die aktuellen Tendenzen, die auf das Scheitern des EU-Projekts hindeuten, gestoppt werden können. Trotz allem, was Euroskeptiker und andere Anti-EU-Kräfte sagen: Europa ist die Zukunft der Demokratie – es geht darum, die Macht und Souveränität von internationalen Unternehmen, Finanzmärkten, transnationalen Netzwerken und organisierter Kriminalität auf die Ebene zurückzuholen, auf der sie wirklich von Nutzen sind. Die Zukunft der Demokratie wird sich sowohl auf lokaler, nationaler als auch globaler Ebene abspielen, und wir werden umso sicherer sein, wenn wir mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten: Es ist eine faszinierende Herausforderung, und wir sind bereit dafür. Bei dieser Herausforderung geht es darum, einen Reformprozess in Gang zu setzen, der nicht nur den Aufbau eines wirklich demokratischen institutionellen Rahmens, sondern auch eine gemeinsame Verantwortung für den europäischen politischen Raum ermöglicht.
2. In einer Welt, in der derzeit mehr als 60 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Konflikten, Naturkatastrophen oder klimatischen Bedingungen verlassen müssen, ist es der falsche Weg, die Grenzen wieder aufzubauen und echte oder imaginäre Zäune zwischen den EU-Ländern zu ziehen. Grenzen sind eine Realität, aber zu versuchen, sie unüberwindbar zu machen, ist nicht nur moralisch inakzeptabel, sondern auch politisch wirkungslos und wirtschaftlich verheerend: Sie verstoßen gegen unsere Werte der Menschenrechte und Freiheit, die durch internationales und EU-Recht definiert wurden, und garantieren uns keine Sicherheit; sie vergrößern das menschliche Leid der Flüchtlinge, die gestrandet sind; sie vermitteln den europäischen Bürgern ein Gefühl des Scheiterns, die miterleben, wie Grenzen und Barrieren wieder errichtet werden, nachdem es so lange gedauert hat, sie niederzureißen; und sie bringen absurde wirtschaftliche Kosten mit sich (bis zu 110 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren²), indem Sicherheitsmaßnahmen für hilflose Frauen, Männer und Kinder verschwendet werden, statt effektiv unsere Mittel einzusetzen, um Krieg, Terrorismus und deren Ursachen zu stoppen. Solidarität, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den Gründen, die so viele Menschen zu uns führen: Sie sind der effektivste Ansatz, gangbare Lösungen zu vertretbaren Kosten zu finden, die Voraussetzung sind, um einer Situation Herr zu werden, die anspruchsvoll, aber für den reichsten Kontinent der Erde absolut beherrschbar ist. Man stelle sich nur vor, wie viele menschenwürdige Notunterkünfte oder Integrationsmaßnahmen mit den vermutlich 106 Millionen Euro hätten organisiert werden können, die Ungarn für den Bau seiner Zäune ausgegeben hat, oder den 200 Millionen Pfund, die das Vereinigte Königreich investiert hat, um Migranten und Asylbewerber in Calais zu stoppen. Unsere wichtigste Botschaft ist die eines kollektiven „gesunden Menschenverstandes“, der uns in

2 <http://uk.reuters.com/article/uk-europe-migrants-schengen-france-idUKKCN0VC0HX>

die Lage versetzt, mit dem fertig zu werden, was kein Notfall mehr, sondern eine „neue Normalität“ geworden ist; ein kollektiver „gesunder Menschenverstand“, der die eingängige Logik populistischer und nationalistischer Rhetorik radikal ablehnt, alleine deshalb, weil ihre Lösungen nie funktioniert haben. Lasst uns diese Wahrheit bekräftigen: Solidarität funktioniert.

3. Jahre voller blinder Sparmaßnahmen, die unter der Flagge notwendiger Reformen vorgenommen wurden, bei denen die öffentlichen Ausgaben und Investitionen als Defizite behandelt wurden, die es zu kürzen galt, trugen dazu bei, dass viele Volkswirtschaften der EU zum Stillstand kamen; sie haben einen Beitrag dazu geleistet, das europäische Versprechen gemeinsamen Wohlstandes zu untergraben, haben Ressentiments und Vorurteile unter den Europäern wiedererweckt und den Wert der Solidarität nichtig gemacht. Wir erleben das Gefühl einer wachsenden Distanz zwischen technokratischen Eliten und den Bürgern. Aber die Ablehnung von Sparmaßnahmen und Technokratie reicht nicht aus, um unser Schicksal zu wenden: Wir müssen dringend eine neue Zukunft schaffen, die auf Nachhaltigkeit innerhalb der Grenzen unseres Planeten basiert. Im Rahmen einer breiteren demokratischen Reform, die darauf abzielt, das derzeitige Defizit von Entscheidungsfähigkeit und Legitimität zu überwinden, muss die EU ihre wirtschaftspolitische Richtung ändern. Wir brauchen eine Roadmap mit einem Zeitplan für die EWU-Reform, einschließlich einer Demokratisierung. Insbesondere ist es notwendig, die Befugnisse der Euro-Gruppe zu begrenzen und ihnen einen Rahmen zu geben, indem wir ihre undurchsichtigen, informellen Verfahren und unkontrollierbaren Entscheidungen beseitigen und sie den Regeln der normalen EU-Entscheidungsfindung unterwerfen. Darüber hinaus muss das Europäische Parlament in der Lage sein, sich am Entscheidungsprozess hinsichtlich aller wirtschaftlicher und finanzieller Fragen voll zu beteiligen. Der Präsident der Kommission sollte auch weiterhin vom Europäischen Parlament im Rahmen eines öffentlichen Prozesses gewählt werden, bei dem die Bürger eingebunden und an dem die europäischen Parteien (Spitzenkandidaten) beteiligt sind. Und die nationalen Parlamente sollten ihre Regierungen für ihr Handeln auf EU-Ebene zur Verantwortung ziehen. Dies kann nur mit der Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit, der europaweiten Medien und politischen Debatten über unseren gemeinsamen Kontinent geschehen.
4. Neben der Erarbeitung künftiger Reformen müssen wir die im Gang befindliche Aushöhlung der gemeinsamen Regeln und lang etablierten sozialen Rechte stoppen und umkehren. Die Tendenz hin zu einer subtilen Einschränkung wesentlicher Bürgerrechte, die schrittweise Aushöhlung des Rechts auf Nichtdiskriminierung von Arbeitnehmern sowie die Einführung von Lücken und Ausnahmen in das Recht der freien Niederlassung und Bewegungsfreiheit sind nicht nur ein zynischer Versuch, eine widerwillige nationale Öffentlichkeit davon zu überzeugen, in einem weniger vereinten Europa zu bleiben. Sie stellen für alle EU-Bürger eine Gefahr dar. Zu viel politisches Kapital wurde bereits verschwendet und das Gefühl der Zusammengehörigkeit erschüttert: Wir müssen Gegenargumente gegen die wiederauflebende Nationalisierung finden, indem wir zeigen, dass ein starker europäischer Rahmen die Rechte und Freiheiten der Bürger stärken und sie nicht einschränken wird. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten könnte ein nützliches Werkzeug sein.

Doch auch die besten Verfahren und Entscheidungsfindungsprozesse sind keine Garantie dafür, dass sich die Politik auch wirklich ändern wird. Wir brauchen kohärente EU-weite politische Maßnahmen und neue Allianzen, um die anhaltenden Trends hin zu nicht nachhaltigem Wachstum, knappen und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen, Verschwendung von Talenten, kontinuierlicher sozialer Ausgrenzung und schwacher Energiepolitik umzukehren: Wir müssen die Ergebnisse und die globale Verantwortung übernehmen, die aus dem Pariser Abkommen resultieren. Ein „Green New Deal“ ist der Kern unserer europäischen Wirtschafts- und Sozialagenda: Eine ökologische Ausrichtung ist der vielversprechendste Weg, qualitative Arbeitsplätze und innovative Wirtschaftszweige zu schaffen, in denen einzelne Initiativen, eine bessere Verteilung der Gewinne und technologische Innovation mit der Notwendigkeit eines ökologischen Übergangs und einer ehrgeizigen nachhaltigen Anlagepolitik im Einklang stehen. Eine neue europäische Investitionsstrategie sollte die Ressourcen- und Energieeffizienz, die Digitalisierung der Industrie und neue industrielle Produktionstechnologien fördern, während gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit gesichert wird. Die EU sollte sich endlich ihrer Verantwortung stellen, die globale

Klimakrise zu bewältigen.

In diesen unruhigen Zeiten, in denen so viele den Wert unserer gemeinsamen Anstrengungen anzweifeln, sollten wir uns daran erinnern, was eine Gruppe junger Gefangene des faschistischen Regimes auf einer abgelegenen Insel im Jahre 1941, inmitten des Zweiten Weltkrieges, als Hitler unaufhaltsam schien, schrieb: „*Ein freies und vereintes Europa ist die notwendige Voraussetzung für die Stärkung der modernen Zivilisation, für die die totalitäre Ära den Stillstand bedeutete.*“³ Es ist unsere Pflicht, dieses Projekt auch in Zukunft zu verteidigen.

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die noch unfertige politische Integration in Europa voranzubringen. Die Verwirklichung einer wahrhaftigen kontinentalen Demokratie könnte der überzeugendste sein. Mit grundlegenden bürgerlichen und sozialen Rechten ist der Aufbau einer nationalen Demokratie eine historische Reise voller kollektiver Errungenschaften und Gegengewichte zu den dominanten etablierten Mächten. Die Existenz eines „Problems mit der Demokratie“ ist nach wie vor einer der hartnäckigsten Dorne in der europäischen Politik und ein Teufelskreis, wenn es darum geht, Wahlbeteiligung, Glaubwürdigkeit und Legitimität zu stärken.

Das nächste Kapitel in der Geschichte der Demokratie könnte darin bestehen, die Erweiterung des Geltungsbereichs der Rechte und Freiheiten jenseits ihrer nationalen Rahmen abzuschließen und die individuellen Unterschiede und Kulturen nicht zu vernichten, sondern sie sicherer und stärker zu machen.

Wir sind und bleiben engagierte Europäer – auch in schwierigen Zeiten. Wir werden uns auch weiterhin mit Mut und Überzeugung für Reformen einsetzen – um Europa zu einem wohlhabenderen, freieren und sichereren Ort für alle zu machen.

/ Massgeblich ist die [englische Fassung](#)

³ Im Jahre 1941 verfassten Ernesto Rossi und Altiero Spinelli während ihrer Gefangenschaft auf der italienischen Insel Ventotene ein Manifest „für ein freies und vereintes Europa“, das allgemein als Ventotene-Manifest bezeichnet wird.